WP-04-364-3 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Jiaqi Li (KV Bonn)

Änderungsantrag zu WP-04

Nach Zeile 364 einfügen:
Änderungen am PsychKG, die mehr Kontrolle und eine größere Gefahr von Zwangsmaßnahmen, Zwangseinweisung und Fixierung bedeuten, werden zurückgenommen bzw. verhindert. Psychisch kranke Menschen und Menschen mit Suizidgedanken dürfen nicht dadurch traumatisiert werden, sondern müssen Vertrauen in psychiatrische Fachkräfte haben können.

Begründung

Das PsychKG in NRW soll geändert werden. Für psychisch kranke Menschen bedeutet es jedoch keine Verbesserungen, sondern mehr Kontrolle sowie eine größere Gefahr von Zwangsmaßnahmen und Zwangseinweisung. Das hat zur Folge, dass sich Menschen in akuten oder weniger akuten psychischen Krisen noch weniger Fachkräften anvertrauen werden.
Manche Menschen haben chronische Suizidgedanken, die sie ziemlich dauerhaft begleiten. Für diese Menschen ist eine Zwangseinweisung kontraproduktiv. Sie kann (re-)traumatisieren.

Unterstützer*innen

Irina Andreeva (KV Aachen); Lyonel Kayser (KV Bonn); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Nadine Schulte (KV Bonn); Munzur Ozan (KV Hamm); Leif Matthew Schätzmüller (KV Oberhausen); Sofie Richter (KV Münster); Sam Rübsam (KV Bonn); Claudia Hamelbeck (KV Bonn); René Adiyaman (KV Ennepe-Ruhr); Jakob Gintars (KV Bonn); Güven Erkurt (KV Paderborn); Gerhard Baumgärtel (KV Bonn); Ines Langs (KV Bonn); Patric Lenhart (KV Bonn); Philipp Rademacher (KV Bochum); Jannis Oppermann (KV Köln); Jonas Schlinkert (KV Bonn); Sven Schulz (KV Bonn)